

Die Zahl der auf Basels Strassen anschaffenden Sexarbeiterinnen hat massiv zugenommen, insbesondere im Geviert Webergasse-Ochsengasse. Dies führt zum einen zu aggressiverem Anwerben potentieller Kunden, vor allem aber zu einer illegalen Ausdehnung des Rotlicht-Millieus. Viele Sexarbeiterinnen weichen der grossen Konkurrenz in der Kleinbasler Toleranzzone in benachbarte Strassen aus. Dies führt zu den entsprechenden unerwünschten Folgen für die dortigen Anwohnenden und vor allem auch für das örtliche Gewerbe. So steht ein Hotel in der Nähe der Kaserne vor dem Aus, weil die Gäste ausbleiben, nachdem sie im Internet vermehrt negative Bewertungen wegen Belästigungen durch Sexarbeiterinnen nachlesen müssen.

Eine Verschärfung dieser Tendenz ist absehbar. Zum einen, weil in Kürze auch Sexarbeiterinnen aus weiteren Oststaaten zur Arbeitsaufnahme in die Schweiz einreisen dürfen. Zum anderen wird das neue Verkehrssystem Innerstadt zu einer Verschiebung des motorisierten Freier-Verkehrs an andere Orte, etwa um die Claramatte, führen.

Aufgrund dieser Entwicklungen bietet es sich an, das heutige System der Toleranzzonen völlig neu zu überdenken. Insbesondere muss dabei das Beispiel Zürichs auf seine Anwendbarkeit für Basel untersucht werden. Dort wurde die Toleranzzone in der Innerstadt aufgehoben und für die Sexarbeiterinnen ein geschützter und überwachter Arbeitsort ausserhalb geschaffen. Diese sogenannten „Sexboxen“ gaben an der Fasnacht zwar zu mancher Schnitzelbank-Pointe Anlass, scheinen sich aber zu bewähren.

Die Unterzeichnenden ersuchen den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, ob das „Zürcher System“ in der Behandlung der Strassen-Prostitution so oder in abgewandelter Form auf Basel anwendbar ist, oder welche anderen Möglichkeiten bestehen, um die ausufernden Zustände in und um die Toleranzzone Webergasse-Ochsengasse ändern zu können.

André Auderset, Felix W. Eymann, Peter Bochsler, Patricia von Falkenstein,
Samuel Wyss, Pasqualine Gallacchi